



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Hoffmann, Karl: Kolonialherrschaft?

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Kolonialherrschaft?

Von Dr. Karl Hoffmann



Es ist ein Entwicklungsgeſetz in der Geſchichte, daß eine jede politiſch leiſtungsfähige Nation, ſobald ihr Daſein ſich „ſaturiert“ hat, nach einer übernationalen Aufgabe greift. Man nennt das ihre imperialiſtiſche Entfaltung. Das Imperium iſt eine übernationale Sozialiſchöpfung durch das vorherrſchende Volk.

Als das Volk der Deutſchen ſeinen hundertjährigen Traum erfüllt und ſeine Einheit vollbracht hatte, ſah es ſich plötzlich als nationaler Großſtaat mitten in die Weltläufe verſetzt, ohne eine neue und ſelbſtändige Aufgabe zu haben. Es fühlte den inneren Zwang, imperiumartig zu leben, und wußte nicht, wie es das anfangen ſollte. Darum machte es nach, was es bei den anderen ſah. Es begann, ein Kolonialreich herzuſtellen. So beſcheiden die Anfänge unſerer biſherigen Kolonialpolitik nun immerhin blieben, ſie ſind doch Anfänge einer prinzipiell gewollten, bewußten imperialiſtiſchen Entwicklungsrichtung geweſen. Und Kolonialpolitik als Prinzip des Imperialismus, das bedeutet ihre Ausführung zu jenem liberozeaniſchen und gleichſam univerſalen System, wie es die neueren Völker Europas ſeit vier Jahrhunderten hervor gebracht hatten. Sie bedeutet einen interkontinentalen Imperialismus zum Zwecke der merkantilen Nutznießung unterworfenen Länder, wie ihn das engliſche Reich in vollkommeneſter Weiſe zum Ausdruck bringt, mit all ſeinen Leiſtungsmöglichkeiten und ſeinen Schwächen. Wir können es getroſt eingeſtehen, daß wir in den Jahrzehnten vor dem Kriege dieſen engliſchen Imperialismus nachzuahmen verſuchten. Gerade im letzten Jahrzehnt war der Gedanke kolonialer Entfaltung über die Meere hinweg zu einem Gemeingut des Volkes geworden. Unſere nationale Sehnsucht, zu gelten und geſtalten zu wollen, fand ihre Auslebung in lieb gewordenen Bildern von der Seegewalt des Reiches und von deutſchen Kreuzern, die in allen Meeren heimisch ſind und ſchwarzen, bräunlichen und gelben Menſchen Achtung und Furcht vor einem großen weißen Sultan und dankbares Zutrauen zu der Überlegenheit deutſchen Könnens einflößen. Man nannte das Weltpolitik.

Für alle ehrlichen deutſchen Imperialiſten war England das Vorbild. Aber nicht im geringſten iſt es den Deutſchen gelungen, ein ſtabiles Kolonialreich oder auch nur die Grundlagen dafür zu erſchaffen. Es gelang ihnen nur, zwei kleine, ſo zu ſagen voneinander getrennte und in ſich ſelbſt nicht kompakte

koloniale Wesen zu bilden, das eine in Afrika und das andere in Ozeanien. Und man muß sagen, daß das ozeanische Kolonialwesen weit methodischer als das afrikanische angelegt wurde. Doch heute ist davon nichts mehr übrig.

Die Frage nach dem künftigen Schicksal unserer alten Kolonien und nach neuem kolonialen Erwerb nimmt in der gegenwärtigen Erörterung der Kriegsziele einen ebenso breiten Raum ein, wie das Interesse für die neuen Reichsgrenzen und die Zukunft der eroberten Europagebiete. Beide Fragenkomplexe stehen ja auch schließlich durch die Austauschmöglichkeiten in einer äußeren Beziehung. Für die innerliche Beschäftigung des Publikums mit diesen Dingen hat auf jeden Fall der Gedanke der Kolonialpolitik immer noch oder schon wieder ein viel stärkeres Gewicht, als es ein anderer politischer Gedanke, der in den beiden Schlagwörtern „von Berlin bis Bagdad“ und „Mitteleuropa“ enthalten liegt, jemals aufbringen könnte. Naumanns bekanntes Buch und die Freilegung unserer Verbindung mit Konstantinopel brachten diese Schlagwörter einst in die Öffentlichkeit. Der praktische Gehalt des ganzen Gedankens kreist mit mannigfachen Zwischenstadien um zwei Extreme, die sich eben in jenen beiden Schlagwörtern ausdrücken. Er spaltete sich von vornherein in eine nüchterne Selbstbeschränkung und in eine ideologische Steigerung und Weitung. Jene schließt das Schwergewicht ein in das Wirtschaftsleben des engeren Mitteleuropa, und diese verlegt das Schwergewicht in das Politisch-Geniale. Die am meisten Erfüllten schwärmten damals von einem neuen Ghibellinentum und sahen schon das moderne ghibellinische Reich von Antwerpen und Hamburg bis nach Arabien. Eine Wiedergeburt der Mittelmeer- und Orientpolitik der Hohenstaufenkaiser wurde geweissagt. Aber nur eine schwankende oder vorübergehende Zeitungsmodernität wurde erreicht. Das ungewiß Schwankende dieser Anerkennung und Geltung drückt sich deutlich genug darin aus, daß schon das bloße Interesse immer von den Kriegsereignissen abhängig blieb. Im Verlaufe des Jahres 1915, während der östlichen Expansion unserer Heere und der Balkan- und Dardanellenkämpfe, gruppierte sich das Interesse um ein kontinentales Motiv: es erwies sich für das „neue Ziel“ einigermaßen empfänglich. In jenen Monaten entstand auch die Frage nach der Ost- und Westorientierung und nach dem „Hauptfeind“. In demselben Grade aber, in dem man mehr und mehr England als den Hauptfeind erkannte, wandte sich die Aufmerksamkeit von den innereuropäischen und vorderasiatischen Angelegenheiten ab, um zurückzukehren zu vorwiegend maritimen und kolonialpolitischen Dingen. Einfach auf Grund einer Ideenassoziation. Denn seit jeher waren dieselben Kreise, die England gegenüber eine von Neid getragene Bewunderung oder von Bewunderung getragene Feindschaft empfanden, auch die heftigsten Wortführer des Kolonialimperialismus gewesen. Die mitteleuropäischen Wirtschaftsfragen haben längst begonnen langweilig zu werden, und seit dem Verlust Bagdads möchte man von Mesopotamien kein Wesen mehr machen und am liebsten so tun, als ob man sich eigentlich gar nichts Großes dabei gedacht hätte.

Fraglos ist der Mitteleuropa- und Berlin—Bagdad-Gedanke noch immer „beliebt“. Gewiß, man weiß, daß es sich um eine Fortsetzung und Festigung unserer militärischen Bündnispolitik in die Friedenszeiten hinaus und um ihre wirtschaftlichen Vertiefungen handelt, und nicht das geringste hätte man dagegen zu sagen. Aber die große Menge verfiel noch niemals auf die Erwägung, ob nun diese bloße Wirtschafts- und Bündnispolitik mit der wirklich großen Politik unserer eigenen Entwicklung in einem anderen, als nur indirekten Zusammenhang stehe. Denn schließlich gehen die „Einzelheiten“, wie gemeint wird, nur Kaufleute und Militärs etwas an. Wer unter den Gebildeten der Masse des deutschen Volkes — abgesehen von den immerhin Wenigen, die sich mit ihrer Arbeit für oder gegen die Verwirklichung des Gedankens einsetzen, — mag wohl eine Vorstellung davon haben, wie sehr diese Verwirklichung ein selbständiges, für sich gültiges Ergebnis des Krieges darstellen würde? Und wer von den Vielen käme wohl von selber auf die Idee, daß es überhaupt das wesenhafte und eigentliche Ergebnis dieses Krieges sein müßte?

Davon ist nichts in das Volksbewußtsein gedrungen. Und es hat nicht zu einer inneren Angelegenheit der Nation werden können, weil nicht einmal die volle Bedeutung des ganzen Problems klar hingestellt worden ist. Die Schuld daran liegt zum großen Teile in folgendem Umstand. Im Grunde hat sich niemand unter den Verkündern der Mitteleuropa- und Vorderasienpolitik so recht getraut, es zu begreifen oder offen zu bekennen, daß diese Politik einen Bruch mit unserer kolonialpolitischen Richtung aus der Zeit vor dem Kriege hervorrufen würde. Diesen Entwicklungsgegensatz hatten indessen die Kolonialpolitiker von Anbeginn sehr scharf verstanden. Die höfliche Zurückhaltung, die sie äußerlich wahren, kann ihre ablehnende Kälte und den festen Nachdruck ihres Widerstrebens durchaus nicht verbergen. Selbst alle Versuche einer bloßen wirtschaftlichen Annäherung zwischen den Mächten des Vierbundes finden auch heute noch unter den Kolonialpolitikern ihre vorsichtigsten Beurteiler und heimlichen Gegner. Erst hinter diesen kolonialpolitischen Gründen suchen die Wirtschaftsinteressenten, soweit sie sich sträuben, Deckung für ihre besonderen Motive. Und diese Gegnerschaft unserer jungen kolonialpolitischen Tradition hat von ihrem Standpunkte aus vollkommen recht. Denn sie beruht auf der richtigen Erkenntnis, daß das Ganze eine Wandlung sein müßte, welche die Tradition als solche aufhebt und ihr widerstreitet.

Am auffallendsten erschien eine Drehung oder Verschiebung der politischen Front ins Kontinentale. Es liegt zwar keineswegs so, daß diese kontinentale Drehung einen jeden Kolonialbetrieb überflüssig oder gar unmöglich macht. Kolonialpolitik und das andere schließen sich nicht völlig aus, und es kann keine Rede davon sein, als ob die Kolonien nun einfach abgeschafft und auf Seegelung Verzicht getan werden sollte. Die Fortsetzung unserer Flottenmacht hat mit der Frage überhaupt nichts zu tun. Denn eine jede großpolitische Betätigung würde durch ihre innere Logik stets wieder Seegewalt oder See-

geltung fordern, von welchem Gesichtspunkte aus immer man diese Betätigung angelegt hätte. Dennoch handelt es sich in der Tat um einen notwendigen Konflikt. Um den Konflikt zwischen Entwicklungsmöglichkeiten, deren Grundrichtungen nicht nur verschiedenartig sind, sondern so sehr auseinanderstreben, daß sie gleichsam zwei gegensätzliche Ideen erzeugen. Nur in einer von beiden Richtungen könnte der ausschlaggebende Charakter unserer Wirtschaftspolitik und überhaupt die führende Idee unserer politischen Entwicklung verlaufen. Nur eine kann zur Hauptsache werden, die den Schwerpunkt mit sich führt; alles andere hätte sich dieser Hauptsache unterzuordnen und würde erst durch sie beglaubigt. Die deutsche Nation steht zurzeit in der geschichtlichen Lage, sich ein für allemal darüber entscheiden zu müssen, wo der Schwerpunkt ihrer Entwicklungsrichtung künftig liegt: ob in der kolonial-interozeanischen, an die man sich gewöhnt hatte und die man aus der europäischen Vergangenheit kennt, oder in jener anderen, von der wir die Witterung haben, daß sie etwas Neues bedeutet.

Als führender Entwicklungsgedanke ist die Kolonialpolitik ein extensiv gerichteter Imperialismus. Dieser Imperialismus hat erfahrungsgemäß immer das Mutterland, den herrschenden Staat, dezentralisiert. Denn in einer solchen imperialistischen Idee trifft ihre äußerste Folge, die sogenannte Weltmacht, unmittelbar zusammen mit der Idee. Diese nimmt jene gewissermaßen vorweg. Von vornherein setzt die Idee ihren Sinn in die letzten Wirkungen einer nach außen gefehrten Gewalt, die den politischen Entwicklungsgedanken überhaupt ausmachen und rechtfertigen muß. Endwirkung und das Wesenhafte in der Entwicklung kommen überein: mit demselben Moment, in dem der Prozeß anhebt, um sich zu entwickeln, trägt er sich selber, gleichsam seine Materie, in das etwaige Ergebnis hinaus, um dort erst nachträglich seine Bedingungen zu etablieren. Darum stürzte jedesmal die imperialistische Stellung des Mutterstaates ein, sobald ein Geschick seinem Reiche den wesentlichen Kolonialbesitz raubte; und es ist unser Glück gewesen in diesem Kriege, daß der deutsche Kolonialbesitz noch so jung, so klein und geringfügig war. Es hat uns davor bewahrt, unsere Wirkungsnotwendigkeiten zerstreuen zu müssen. Wir konnten den Grund unserer politischen Bedeutung im Innern behalten, so daß der Verlust der Kolonien den eigentlichen Sitz unserer Macht nicht im geringsten beeinträchtigt hat.

Es wird zu einem Verhängnis, wenn ein Volk um abenteuernder „Weltgeltung“ willen die Sicherheit seines Bestandes preisgibt. Aber ebenso wird es zu einem Verhängnis, wenn ein entwicklungsfähiges Volk um seiner ungestörten Sicherheit willen auf Weltwirkungen verzichtet. Und das ist der Vorwurf, den man gegen den mitteleuropäisch-kontinentalen Gedanken erhebt. Der Vorwurf, daß er unser politisches Gefühl verspießbürgern könnte: weil er selber seinen Sinn hineinverlegt in einen vorgezeichneten und begrenzten Komplex, so geschieht es, daß er unsere Entfaltungsmöglichkeiten umzäunt. Ohne Frage trifft

es ja zu: diese Entwicklung schwenkt entschlossen in eine bestimmt gegebene Verhältnislage ein und in sie zurück, die zunächst nichts anderes, als eine lokal vorgefundene und verwendbare Voraussetzung ist. Aber am Ende handelt es sich darum, ob sie darin stecken bleiben würde, oder ob sich daraus eine politische „Idee“ und aus den Wirkungskräften dieser Idee eine Weltbedeutung ergibt.

Der mitteleuropäische Staatenverband bedeutet die wirtschafts- und machtpolitische Konsolidierung Innereuropas zu einem Massiv. Für uns selber hätte ein solches Ereignis die Wirkung, daß es unsere Politik auf ihre natürlichen Machtgrundlagen im Innern Europas zurückführt. Aber seine allgemeine und grundsätzliche Folge, sozusagen das objektive Geschichtsergebnis, wäre immerhin mehr: dieses Massiv, als die erste Vorbereitung oder fragmentarische Form eines europäischen Mächtekomplexes, würde eine innere Umschaffung des Weltmachtfaktors „Europa“ in Gang bringen können. Das ist sein wesentlich politischer Wert, daß es mit seinem Raumcharakter und durch seine genossenschaftliche Organisation die eigentümlichen Kräfte des Europäertums wiederherstellt gegenüber der Welt. Und daß dieser genossenschaftliche Imperialismus unserer eigenen Politik, wenn sie sich anheischig macht, ihn in die Hand zu nehmen oder zu leiten, am Ende ein europäisch bestimmtes Bewußtsein eingeben sollte. Sobald es sich in Bewegung setzt, dieses Massiv, hätte es außerhalb Europas nicht mehr bloß staatliche oder nationale „Interessen“ zu vertreten, sondern europäisches Leben, und auf jeden Fall einen Geist seiner innereuropäischen Kraft.

Mit der einen Ecke seines unmittelbaren Bereichs schiebt sich der Vierbund auf einen Zusammengriff der alten Kontinente hinaus. Er verfügt durch seinen Besitz Vorderasiens über die Festung des frühgeschichtlichen Erdkreises. Die Alte Welt hat man ihn einstmals genannt. Da der Vierbund mit seinen südöstlichen Ausfallstoren dermaßen die alte Welt „strategisch beherrscht“, so öffnet sich die ganze ursprüngliche Sphäre unseres politischen Lebensbildes seinem herrschenden Einfluß. Die Lage verpflichtet direkt zu einer Erneuerung der entwicklungsgeschichtlichen Tradition „Alte Welt“. Sie setzt sie in den mitteleuropäischen Gedanken hinein. Damit stellt sie diese Tradition wie ehemals wieder unter die Obhut europäisch bewußter und im Innern Europas verwurzelter Kraft, und den europäischen Funktionen im Erdraum schenkt sie ihre volle Heimat zurück. Sie gibt ihnen ihre geschichtsgeographische und zukunfts-politische Form: wo die Alte Welt aufhört, hat von Natur wegen der Wirkungsradius europäischer Kräfte ein Ende. Beides, die Leistungsmöglichkeit und der Wille zur Leistung, würden einander entsprechen und aufrechterhalten.

Die Grenze der Alten Welt läuft Amerika gegenüber durch den Atlantik, und im Osten verläuft sie ungefähr da, wo die Meere mit den anliegenden Landkomplexen sich scheiden: wo die Straße von Malakka und die Sundastraße den Indischen vom Stillen Ozean trennen. Was jenseits liegt, geht uns politisch nichts an. Es ist das natürliche Wirkungsgebiet anderer Kulturen

und Rassen, und alles Europäische erscheint ihm wesensentgegengesetzt und fremdkontinental.

Als der Krieg anfang, fielen unsere pazifischen Kolonialbesitzungen dahin wie herbstliche Blätter. Dem geheimnisvollen diplomatischen Druck, den die Vereinigten Staaten auf Dänemark wegen der westindischen Inseln ausübten, mußte sich dieses dänische Mutterland fügen. Nicht nur, weil es machtlos und klein ist, sondern überhaupt als europäischer Staat. Denn als europäischer Staat ist es der nordamerikanischen Union gegenüber in Amerika selbst eben machtlos. Genau so, wie das weit stärkere und kolonialpolitisch erfahrene Spanien im Kubakrieg bloß die Ehre zu wahren vermochte. Den Holländern würde es mit Suracao, wenn es einmal dahin käme, nicht besser als den Dänen ergehen. Und den Franzosen mit ihrem anamitischen Reiche nicht besser als uns. Sobald irgendeine pazifische Macht, die das Zeug dazu in sich fühlt, auf den Gedanken kommen sollte, den anamitischen Kolonialbesitz haben zu wollen, könnte die französische Republik sich nicht erfolgreicher wehren, als Spanien gegen die Vereinigten Staaten. Wie der amerikanische Kontinent mit seiner alten Front nach Osten schon längst ein Kräftespielraum für sich ist, so ist auch der pazifische Komplex dieses Erdballs ein Kräftespielraum für sich. Oder vielmehr: der Spielraum auf ihm geborener und zum Widerstreit gezwungener Kräfte, deren Lebenskampf unser politisches Gefühl von Rechts wegen kalt lassen sollte.

Das Randgebiet des Stillen Ozeans entwickelt sich immer mehr zur Einheit eines selbständigen Erdkreises. Zu der Sonderwelt der Gelben und der angelsächsischen Art. Aber näher als der Ausgang ihrer innerlich notwendigen Zwietracht berührt uns Europäer heute die Frage, wie sich dabei der im Angelsachsentum vorhandene Dualismus ausgleichen wird.

Ohne Frage gibt es einen gesamtangelsächsischen Lebensbereich, der ebenso das Nordamerikanertum wie die überseeischen Briten und eigentlichen Engländer umgreift. Und ohne Frage gibt es auch ein Bewußtsein davon unter allen englisch redenden Völkern, das Bewußtsein einer Zusammengehörigkeit, die rassenhaft bestimmt und kulturell pointiert ist. Selbst die eigentlichen Engländer und gerade sie, die Urangelsachsen, fühlen sich ganz und gar nicht mehr als Glieder einer europäischen Rasse. Für das englische Gemütsleben ist der Angelsachse nicht etwa „Germane“, sondern eine insulare und interkontinentale, überseeisch gewordene Besonderheit, die sich vom festländischen Europäertum scharf unterscheidet. Der Kontinentale germanischer oder lateinischer Zunge gilt dem englischen Menschen als fremdblütig und in Wahrheit kaum mehr als irgendein farbiger Mann. Dagegen der Australier oder Nordamerikaner gilt ihm — mit einem gewissen Gefühl sozialer Distanz — im wesentlichen als seinesgleichen. Die Angelsachsen verstehen unter diesem alten germanischen Stammesnamen ihre eigene, nachträglich entwickelte und zu etwas Neuem gewordene Art, die ihnen den alteuropäischen Rassengruppen gegenüber als

eine zum mindesten nebengeordnete und jedenfalls selbständige Menschheitsgattung erscheint. Die Solidarität des Angelsachsentums ist eine Gefühls-tatsache, die auch den Trieb zu einheitlichen Handlungen hat, wie der Krieg es bewies. Dennoch bleibt sie in ihren Willensmomenten dualistisch gespalten. Schon deswegen, weil sie von zwei staatsrechtlich getrennten Mächten vertreten wird: vom britischen Reiche und von der Union.

Durch seine überlieferte Stellung als regierendes Ursprungsvolk im britischen Reiche hat das europäische England immer noch die Vormacht des Gesamtangelsachsentums in der Hand. Auch die Union erkennt Englands angelsächsische Autorität und führende Rolle der Sache nach an. Aber es ist Gemeingut aller politischen Weisheit, daß am Stillen Ozean die unmittelbare Nähe der Union und der Vorsprung ihrer unmittelbarsten Lebensinteressen, daß überhaupt der Zwang ihrer in jeder Beziehung massigen Überlegenheit gerade da ihr einmal eine Führung aufnötigen könnte. Durch die bloße Tatsache ihres Daseins und der Beschaffenheit ihres Daseins ist sie dort exponiert. Sie wird am ehesten getroffen von einer Gefahr, und je größer die Gefahr, desto mehr muß ihre Verantwortung steigen. In gewissem Sinne hat Nordamerika die Führung bereits übernommen, als es durch seine kapitalistischen Kunststücke Chinas indirekte Beteiligung am Kriege bewirkte. Indem es die Furcht des chinesischen Reiches vor Japan benutzte, sucht es dieses Reich für das angelsächsische Gemeininteresse mit Beschlag zu belegen. Es tat genau dasselbe, was England vor zwei Jahren mißlang. Doch innerhalb des angelsächsischen Gemeininteresses gibt es im Verhältnis zwischen England und der Union somit schon Ansätze zu einer Art von Rivalität. Diese Rivalität wird nun erst dadurch richtig in die politischen Wirklichkeiten gebracht, daß ebenfalls gerade in der pazifischen Welt das englische Interesse und das angelsächsische Gesamtinteresse sich keinesfalls decken. Denn neben der Überlieferung, die ihm dort die Aufgabe zuweist, für das Angelsachsentum das erste Wort zu behalten, ist Englands Position am Becken der pazifischen See einfach interozeanische Flotten- und Kolonialpolitik. Beide Interessenrichtungen sind allerdings geschichtlich miteinander entstanden. Dennoch gehen sie jetzt auseinander, da sie in der modernen Zeit auf einem Gegensatz in der Entwicklung beruhen. Es ist der Gegensatz zwischen einem neuen allbritischen und dem spezifisch englischen, rein kolonialpolitischen Imperialismus. Jeder weiß, wie in der Japanfrage der angelsächsische Nationalgedanke Australiens und die englische Ostasienpolitik sich schon heute nur schwer und kaum noch ineinander zurechtfinden können. Nichtsdestoweniger bleiben beide Interessenrichtungen, weil sie zusammen entstanden sind, für England selber in einer gegenseitigen Wechselbeziehung, die sich an seinem Herrschaftswillen orientiert.

Das Mutterland kann als europäischer Staat seinen kolonialpolitischen Imperialismus in der pazifischen Sphäre gegenwärtig nur noch deshalb fortführen, weil es durch seine „allbritische“ Reichsmacht, d. h. zuletzt durch die

angelsächsische Autorität, über die es verfügt, sich dort gleichsam auf einheimische Kräfte zu stützen vermag: auf die Dominions. Aber gerade diese Dominions sind der Sitz für einen selbständigen Überseecharakter im Gedanken des Allbritentums. Sie führen ein eigenes Leben. Es wachsen in ihnen Schwerpunkte heran, die sich nach eigenem Gewichte bewegen, so daß ihr britischer Charakter einmal einen kanadischen oder australischen Nationalismus über das europäische Engländerium stellen könnte. Womit das allgemein-angelsächsische Wesen vom Engländerium sich emanzipiert. Einer solchen Loslösung oder Verschiebung stünde bei den Dominions nur der Respekt im Wege, den sie vor der englischen Regierungsgewalt im Gesamtreiche haben, und dieser Respekt wird ebenso von der Achtung vor Englands Seemacht und Kolonialherrschaft aufrechterhalten, wie andererseits der Wert der Dominions als zuverlässiger Basis eben diese Seemacht und Kolonialherrschaft aufrechterhält. (Weitans der größte Teil der Südseeinseln ist im Besitz Englands.) Das englische Mutterland verfährt so geschickt und ist darauf angewiesen, so geschickt verfahren zu müssen, daß es seinen allbritisch-angelsächsischen und seinen kolonialpolitischen Imperialismus in der pazifischen Welt gleichzeitig, abwechselnd und gegeneinander, als Zweck und als Mittel verwendet. Aber in keinem Punkte treffen Zweck und Mittel in eins. Sie kreuzen sich nur immer wieder. Diese Kreuzung müßte zu einer akuten Konfliktmöglichkeit werden, sobald die tatsächliche Kraft des englischen Herrschaftswillens nicht mehr ausreichend ist, sie zu einem Knoten zu knüpfen. Und vielleicht darf es zweifelhaft sein, ob England noch die Kraft hätte, alle Verflechtungen ganz zu durchgreifen, falls der Konflikt von außen her zur Entladung gebracht werden sollte. Bei der nordamerikanischen Union würde beides, Mittel und Zweck, nationale Machtentfaltung und Selbstbehauptung der angelsächsischen Welt, zusammenfallen in eine und dieselbe politische Idee. Darum liegt in der Ostasienpolitik und am Becken des pazifischen Ozeans die eigentliche Gefahrzone für Englands Anspruch auf seine Stellung als repräsentative angelsächsische Macht.

Unterrichtete Sachkenner sprachen mitunter davon, daß man jenseits des Kanals vielleicht daran denke oder wenigstens daran gedacht habe, aus der Chinapolitik einen Ausgangspunkt für eine „Umgruppierung“ der Mächte nach dem Kriege zu machen. Dieser Einfall soll dort in Zusammenhang gestanden haben mit der Erwägung, ob es ratsam sei, die nordamerikanische Union (als sie noch neutral war) zum sogenannten Friedenskongresse heranzuziehen oder nicht. Wenn jene Vermutungen etwas Wahres treffen, so lägen die englischen Absichten deutlich genug. Die Amerikafreunde setzten sich ohne Umschweife von Anfang an dafür ein: Englands allgemein-angelsächsische Geltung und Autorität, an deren unverrückbare Stärke sie glauben, in die Zwecke des alten Kolonialsystems einzuspannen, um mit ihrer Hilfe die englische kolonialpolitische Stellung in Ostasien und am Stillen Ozean neu zu befestigen. Diese Neigung scheint sich noch mehr gegen Japan zu richten als gegen uns. Und die anderen, die

den amerikanischen Einmischungen gegenüber vorsichtiger waren, verfolgten und verfolgen vielleicht noch heute das Ziel: die herkömmliche Kolonialpolitik europäischer Mächte einzuspannen in die Zwecke des neubritischen Imperialismus, damit Englands angelsächsische Vormachtstellung in der pazifischen See sich gleichsam durch die Vermittlung „gemeinsamer“ Chinaintereessen hindurch breiter an einen europäischen Rückhalt anlehnen kann. Diese Neigung scheint sich gegen uns am allerwenigsten zu richten. Man soll wieder nach China und auf die Südseeinseln hinausgelockt werden, um als europäische Kraft für die zuletzt rein englische Absicht allgegenwärtig zu sein. Als für die englische Absicht eingefangene europäische Kraft soll man in Zukunft mit den eigenen Interessen und — nötigenfalls — mit dem eigenen Blute haftbar gemacht werden können.

Der Übereifer des angelsächsischen Gewissens in der Union hat diese Künste weggewischt. Aber damit ist noch nicht gesagt, daß sie nun für immer aufgehört hätten, im stillen zu spielen. Sie mögen sich unter den Oberflächen halten, um später, wenn ihre Zeit gekommen sein sollte, wieder gleißend emporzutauschen, damit sie die Deutschen verführen. Niemals darf eine solche Verführung gelingen. Denn Englands Interessen sind dem wahrhaft europäischen Interesse der Festlandmächte vollkommen fremd, und eine universale Gemeinsamkeit der Kolonialpolitik weißer Herkunft gibt es heute nicht mehr, weil es keine Einheit der weißen Rasse mehr gibt. Eine deutsche Politik, die ihrer Zentralisation im Kern Europas inne geworden ist und darüber Bescheid weiß, daß sie an der pazifischen See, wenn es darauf ankommt, doch nichts ausrichten kann, hat dort nichts mehr zu suchen. Sicher hatten wir den größten Irrtum und verhängnisvollsten Fehler unserer kolonialimperialistischen Sprünge begangen, als sich das Deutsche Reich — es war gegen 1898 — aus seinen afrikanischen Anfängen, die nämlich der Idee „Vom Kap bis Kairo“ unbequem wurden, in den Glanz der sogenannten Weltpolitik auf dem Großen und Stillen Ozean wegloben ließ. Und es läge wenig Sinn darin, wollten wir uns mit blinden Blicken darüber täuschen, daß eben unsere Tsingtau- und Samoa-Herrlichkeit nun wieder aufgehört hat. Gewiß mag es unserem beleidigten Selbstgefühl hart ankommen, das einzugestehen; aber es hilft nichts.

Es hat keinen Zweck, davor die Augen zu schließen, daß der Europäer im ganzen pazifischen Gebiet mit Ostasien seine Funktion als weißer Mensch an den Nordamerikaner oder Angelsachsen abtreten muß. Das politische Bewußtsein des Nordamerikanertums wird sich mit seinem Kulturgefühl immer mehr angalisieren. Vorläufig zeigt der imperialistische Amerikanismus der Union noch zwei verschiedene Tendenzen. Eine spezifisch nordamerikanische, sehr angelsächsisch betonte Richtung, die darauf ausgeht, für „die Welt“, nun sagen wir einmal: vorbildlich zu sein; und einen panamerikanischen Amerikanismus, dessen Begierde sich auf den Kontinent des Südens erstreckt. Aber beide Tendenzen vertragen sich ganz gut, die eine bedient sich der anderen. Im übrigen bezweckt die letztere von ihnen ihre Macht mehr durch wirtschaftliche als durch kultur-

politische Mittel. Doch inzwischen hat sich dieser positiv gewordenen Monroe-Doktrin in Südamerika bereits die Drago-Doktrin (Südamerika den Südamerikanern) entgegengestellt.*) Dieser Widerstand drückt sie nach Norden zurück und in sich selber hinein, so daß sich ihr angelsächsisches Wesen verdichten und seitwärts Luft schaffen muß. Damit würde der nordamerikanische Kontinent mehr und mehr die gesamte angelsächsische Lebenserscheinung ansaugen, die sich dort zentralisiert. Und indem sie das tut, löst sie ihre Ursprungsbeziehungen zum Europäertum endgültig ab und rückt gleichzeitig, durch das Schwergewicht ihrer eigenen Lebensinteressen, die Hauptfront des amerikanischen Erdteils nach Westen. Immerhin können wir uns ein künftiges angelsächsisches Gesamtreich vorstellen, dessen Zentrum einst weder in London, noch in Washington oder New York, sondern in Vancouver oder St. Franzisko sein wird.

Folgendermaßen ist bereits augenblicklich die geschichtsgeographische Situation. Nicht von den Engländern, sondern von Australiern und Japanern wurden die deutschen Kolonien am Becken des Stillen Ozeans erobert. Selbst die britischen Besitzungen in diesem Gebiet werden schon heute nicht mehr von England aus gehalten, sondern von Australien, Neuseeland und Kanada aus, und die Zeit ist nicht fern, wo sie nur durch Kanada und Australien oder überhaupt nicht mehr zu halten sein werden. Jedenfalls nicht mehr für den eigentlich englischen Zweck. Statt bloß mit den allernächsten Jahrzehnten der Geschichtsentwicklung zu rechnen, braucht man nur in größeren Maßstäben die kommende Zeit zu übersehen, um begreifen zu können, daß es mit der Dauer von Englands kolonialpolitischer Stellung am Stillen Ozean und in Ostasien bald ebenso vorbei sein wird, wie es dort mit der deutschen Kolonialpolitik vorbei ist.

Man redet noch gern von der „Aufgabe“ europäischer Mächte, China eine Wiedergeburt zu verschaffen oder es zu „kapitalisieren“, damit es sich nach dem Muster der Pénétration Pacifique kolonialpolitisch bewältigen ließe. Solche Versuche würden aussichtslos sein. Denn die „Wiedergeburt“ dieser uralten, reif ausgewachsenen und in ihrer Reife unverständlichen Kultur einer Völkereinheit von dreihundertdreißig Millionen Menschen ist für Fremdkulturelle ein lächerliches Programm. Allen kolonialwirtschaftlichen Entwürfen träte aber erst einmal die nähere und mächtigere Geldkraft der Nordamerikaner entgegen. Und sodann stünde gegen beides die unleugbare geschichtliche Tatsache auf, daß sich mit dieser Millioneneinheit und mit dieser Kultur das moderne Japan (dessen Imperium zurzeit über zweiundsiebzig Millionen Menschen verfügt) in jedem Sinne enge berührt und daß die japanische Wirtschafts- und Militärenergie in diese tausendjährige Masse planmäßig eindringt, um aus dem ganzen gelben Ostasien einen Weltmachtfaktor ersten Ranges zu machen. Deshalb könnte die

*) Die Haltung Brasiliens, die nur zum geringeren Teile auf nordamerikanische Einflüsse zurückzuführen ist, beweist noch nichts dagegen. Denn die südamerikanische Führung liegt längst in argentinischen Händen.

„Freundschaft“ mit Japan auch Englands ostasiatische Kolonialpolitik am allerwenigsten retten.

Gerade in den Landstrichen, die England einstweilen für sich beiseite stellen möchte als sein wirtschaftliches Interessengebiet, im mittleren Süden mit dem Yangtsetal, besonders im Yangtsetal trifft es auf den japanischen Willen. Und was es dort antrifft, ist nicht bloß lauernerde Rivalität, sondern die stoßende Wucht wirtschaftsorganischer Notwendigkeiten. Denn das wirtschaftsorganische Entwicklungsgefühl, das Japan ergriff, braucht die reiche chinesische Erde. In den oberen Bodenstrecken des Yangtsetales liegen die bedeutendsten, noch unerschlossenen Schätze. Über die Mandschurei und Mongolei und ihre mineralischen Werte finden sich die Japaner mit Rußland zurecht und mit den Widerständen Nordamerikas ab, so gut es irgendwie geht; doch sie denken nicht im entferntesten daran, das noch wertvollere Yangtsetal in fremde Hände fallen zu lassen. Japan selbst empfindet sich China gegenüber durchaus nicht als „fremd“. Indem es dieses Land seinem eigenen, dem japanischen Eigennutz unterwirft, ruft es die organische Wirtschaftsgemeinschaft Ostasiens hervor, aus der sich eine moderne gelbe Weltmächteinheit von selber ergibt. Ob das letzte Endergebnis dann mehr japanisch oder mehr chinesisch sein würde, bleibt freilich eine spätere Frage.

Die japanische Politik ist von einer wundervollen Abrundung und Gradlinigkeit. Sie ist sich darüber so vollkommen klar, was sie wollen muß und durchsetzen kann, daß sie für uns — wir mögen es ruhig zugeben — vorbildlich sein könnte. Es war bei uns üblich, die Einnahme Tsingtau durch die Japaner einen Raubzug zu nennen, und sie selbst nannten diesen Raubzug, als sie ihn begannen, einen Verteidigungskrieg. Von ihrem Standpunkte aus haben sie nicht ganz unrecht. Denn sie entfernten nur einen kultur- und kontinentsfremden Gegner aus einem Gebiet, das, wie sie meinen, in die von Natur ihnen zukommende Entwicklungssphäre hineinfällt. Die Frage, ob die Japaner das zur Führung berufene Kernvolk des gelben Ostasiens, wofür sie sich halten, nun auch tatsächlich sind, haben nicht wir zu entscheiden. Doch es ist vorgekommen, daß sie von deutschen Chinaleuten die Mandschus des zwanzigsten Jahrhunderts genannt worden sind. Auf jeden Fall fassen sie ihre indirekte Beteiligung an diesem Kriege nicht als eine erobernde, um jeden Preis extensiv gerichtete Kolonialpolitik alteuropäischen Stils auf. Die Eroberung Deutsch-Ostafrikas z. B., wozu man sie in den ersten Kriegsmontaten von französischer Seite aus einlud, wiesen sie mit derselben einsilbigen Entschiedenheit von sich, mit der sie einen jeden positiven militärischen Eingriff in den eigentlichen militärischen Kampf beharrlich abgelehnt haben. Sie taten das, weil sie die Lage des japanischen Ziels und seiner Begrenzungen kennen und mit feinem Gefühl die naturgewollte Scheidung politischer Lebenssphären empfinden. Aber der Beginn des europäischen Krieges zog die europäischen Kräfte mehr und mehr aus dem Wirkungsbereich des japanischen Zieles heraus, und sie benutzten die

gute Gelegenheit, ihnen hinterdrein noch einen Stoß an der Stelle zu geben, die sie augenblicklich für die richtigste hielten. Wie England, durch die Forderungen des Krieges genötigt, den besten Teil seiner ostasiatischen Seegelung leihweise an den japanischen Vorrang abtrat, ist zu einem Motiv unserer Witzblätter geworden. Und einem jeden, der es noch nicht wußte, hat es der Ostasienvertrag mit Rußland vom Sommer 1916 einleuchtend gemacht, daß die Japaner mit ihrer Hilfe an Einzelleistung und Material sich bloß auf einem Umwege die offizielle Anerkennung, Festlegung und Dehnung ihrer nordchinesischen Position erkaufen wollten und erkaufte haben. Sie schufen sich durch den europäischen Krieg für ihren ostasiatischen Gedanken und für den Austrag ihres entwicklungsnotwendigen Gegensatzes zur überseeisch-angelsächsischen Macht — in den ersten Raten gegen das britische Kolonialwesen und die Union — die Vorausbedingungen einer freien Arena.

Instinktiv befolgen sie jenes Gebot, nach dem die deutschen Kolonialimperialisten uns anlernen möchten, das Gebot, in Kontinenten zu denken. Denn das „Denken in Kontinenten“ heißt nicht, Hans Dampf in allen Gassen sein und mit dem eigenen Geschick auf sämtlichen Erdteilen experimentieren und spielen, sondern es bedeutet: tiefes Verstehen und inneres Erfassen der geographischen Absicht einer kommenden Geschichtsperiode. Diese Absicht setzt die Erdteile und ihren Wuchs als lebendige Kräfte ein in das politische Wirken. Sie bringt zugleich eine ungeheure Ausspannung des räumlichen Vorstellens und Fühlens hervor und sinnliche Bestimmtheit, indem sie das ausgespannte Raumgefühl auf seine organischen Gegebenheiten zurückführt. Sie will eine Aufzuchtung des politischen Heimatempfindens, damit es der kontinental vorgezeichneten Lebensbereiche inne wird und sich mit seinen Schöpfungen in sie begibt.

Mit der vollen Wirkung seiner geographischen Tatsachen reicht der mitteleuropäisch-türkische Vierbund nicht nur an den Indischen Ozean heran, sondern er greift ebenso über die Sinai-Halbinsel und das künftige Schicksal Ägyptens hinweg in das Innere des afrikanischen Erdteils hinein. Der schwarze Erdteil ist gleichsam der Alten Welt vorgelagert wie eine Terrasse. Er gehört mit zu ihrem Lebensbereich, und ein zusammenhängender kolonialer Komplex im mittleren Afrika vermag unseren Bedarf an tropischen Produkten zufriedenzustellen. Die Heranführung an den Indischen Ozean aber würde eine solche Politik unmittelbar vor das sogenannte Problem dieses Ozeans stellen. Das Problem des Indischen Ozeans bedeutet, daß sein östlicher Rand die Grenze ist, zwischen der Alten und der pazifischen Welt, sei es der angelsächsischen oder der gelben: wahrscheinlich wird der künftige Kampf um seine Beherrschung einst den Ausschlag geben in einem Ringen um das Übergewicht auf diesem Erdball.

Diese Raumzusammenhänge mit der Vorderasienpolitik sind leicht zu bemerken, und darum hob man sie häufig hervor. Aber was nicht bemerkt wurde, das ist die völlige Umstellung des kolonialpolitischen Verkehrs und der Welt-

politik, die dadurch geschieht. Ihre technische Haltung erschiene verwandelt: an die Stelle des äußeren und prächtigen Sieges über die Entfernungen tritt ihre Überwindung von innen.

Wie sie den afrikanischen Kontinent als Vorland anfügt, so öffnet sie den Landweg nach dem ganzen südwestlichen Asien. Die Bagdadbahn stellt sich in ehrlicher Absicht als eine entschlossene Fortsetzung der zentraleuropäisch-balkanischen Verbindungen dar. Nun kann man es sich wenigstens denken, daß die größere Billigkeit der Seefracht dereinst von einer gesteigerten und leistungsfähigeren Technik des Eisenbahnwesens eingeholt sein wird. Sollte es einmal dahin kommen, dann wäre der Wert des indischen Seeweges von der Bagdadbahn bald überboten. Aber das würde nichts geringeres heißen, als daß der Verkehr von Europa nach Indien und dem eigentlichen Asien sich auf seine uralte Straße zurückfindet, die er vor knapp einem halben Jahrtausend verließ. Noch heute ist die europäisch-indische Verkehrsverbindung der Zentralweg im Weltverkehr überhaupt; nur der direkte Wasserweg zwischen Europa und Amerika trat neben ihre Bedeutung. Eine solche Rückkehr auf die ursprüngliche Straße in dieser Form und Gestalt würde jedoch den Landweg von Europa nach Indien erst neu erschaffen als moderne technische Handlung. Ihr Verkehrsereignis träte gewaltig zusammengedrängt und mit höchst intensiver Wirksamkeit auf gegenüber dem Einfluß. Löst es die Wasserbindung, so gekürzt sie immerhin sein mag, dann tatsächlich ab, so würde das mit einem Male ein Fortschritt von solcher Heftigkeit sein, wie die Auffindung des indischen Seeweges selber es war. Eine innere Achsendrehung des ganzen Weltverkehrs, eine Umwälzung von unabsehbaren Folgen müßte sich daraus ergeben.

Nicht durch die Entdeckung Amerikas war das Kolonialsystem alten Stils zu Anfang entstanden, sondern um einige Jahrzehnte vorher: diese Entstehung und der Beginn der Erkundungen des Seeweges nach Indien fallen zeitlich und ursächlich zusammen. Der planmäßige Beginn der Entdeckungsreisen, die nach dem Vorgang Heinrichs des Seefahrers, eines portugiesischen Prinzen, König Johann der Zweite von Portugal unternehmen ließ und die in der Fahrt des Bartholomäus Diaz bis zum Kap der guten Hoffnung (1486) ihren vorläufigen Abschluß erreichten, hatte mit seinem Ergebnis die erste Gestaltung eines Kolonialreiches gebracht. Die Idee des indischen Seeweges ist wie ein Symbol. Durch diese Idee und ihre praktischen Folgen wurde das ehemalige Handels- und Wirtschaftsleben aus den Angeln gehoben und der Grund gelegt für die merkantile Kolonialwirtschaft und ihre Zeit. Vielleicht ist diese Zeit für immer vorüber und das Kolonialsystem bricht mit seiner rein händlerischen Wirtschaftsdenkweise zusammen, sobald der Seeweg nach Ostindien wieder seine Bedeutung verliert. Denn gerade er hatte so recht eigentlich die besondere und eigentümliche Leistung des vermittelnden Warenverkehrs ins Licht gesetzt und ihr Respekt und Ehrerbietung verschafft. Er setzte den merkantilen Vorgang in die Breite seiner Wirksamkeit ein. Aber diese Leistung würde durch ihren technischen

Umbau auf dem Weg über Land, durch die innere Vereinfachung und Vereinfachung ihrer Erfolge und die Schlichtheit des rollenden Materials, alles Phantastische einbüßen und damit den besten Teil ihres anschaulichen, gleichsam dekorativen Charakters. Der Glanz des merkantilen Vorganges und sein stolzes Gepränge schwänden dahin. Und geschieht das einmal, dann gewinnen vielleicht auch die schaffenden Wirtschaftsfunktionen endgültig die Ursprünglichkeit ihres Wertes zurück.*)

* * *

Im teilweisen Gegensatz zu den vorstehenden Ausführungen hat die Deutsche Kolonialgesellschaft kürzlich folgende Entschliebung gefaßt:

Die Deutsche Kolonialgesellschaft ist durchdrungen von der Überzeugung, daß der Verlauf des Weltkrieges die innige gegenseitige Verknüpfung heimatischer und überseeisch-kolonialer Betätigung immer zwingender hervortreten läßt. Die Wahrung der Weltmachtstellung Deutschlands und der drohende Wirtschaftskampf erheischen gebieterisch, daß dem deutschen Vaterlande in Europa eine feste Machtstellung errungen wird, die seine Seegelung sichert und den Zugang zum Weltmeere offen hält. Sie verlangen aber ferner, daß die überseeische Betätigung Deutschlands durch den Besitz eigener Kolonien in wesentlich erweiterten Grenzen in Anlehnung an überseeische Stützpunkte gewährleistet wird. Ohne Sicherstellung der Rohstoffversorgung drohen der deutschen Volkswirtschaft und damit auch unserer arbeitenden Bevölkerung unabsehbare Gefahren.

Die Deutsche Kolonialgesellschaft begrüßt daher mit freudiger Genugtuung den durch den Staatssekretär des Reichskolonialamts im Namen des Reichskanzlers in Leipzig erklärten Willen, die Rückgabe unserer sämtlichen Kolonien und den Ausbau eines starken Kolonialreiches in Afrika durchzusetzen.

Eine solche Erweiterung ist in erster Linie in Mittelafrika — Festland und Inseln — anzustreben. Das ermöglicht den Zusammenschluß der bisherigen deutschen Kolonien. Das faßt auch den Erwerb westafrikanischer Kolonien in sich, die bei ihrer dichten Bevölkerung, dem Reichtum an rasch gewinnbaren kolonialen Rohstoffen und der Möglichkeit der Anlegung von Flottenstützpunkten für uns von unersehbarem Wert sind.

Die Deutsche Kolonialgesellschaft erhebt gleichzeitig den schärfsten Einspruch gegen den Gedanken einer Aufgabe unserer wirtschaftlich und flottenstrategisch so wertvollen Südseekolonien und tritt nach wie vor eindringlich für die Wahrung der überaus wichtigen deutschen Interessen in Ostasien ein.

*) Dieser Aufsatz ist mit Genehmigung des Verlages einem Buche „Das Ende des kolonialpolitischen Zeitalters“ entnommen, das demnächst bei Fr. Wilh. Grunow in Leipzig erscheint.